

Gespräch mit Frau Ministerin Löhrmann

Frau Rössler:

Wir hatten einige Aspekte hier abgegeben, die wir uns überlegt haben. Wir möchten am Anfang sagen, dass wir die ersten Monate der Amtszeit so erleben, dass es viele Beteiligungsmöglichkeiten gibt, das ist anders, als es früher war. Das erleben wir als Versuch, die „Bildungsmächte“ in bestimmten zentrierten Runden so zusammen zu bringen, dass man die gemeinsamen konsensfähigen Bereiche eben erfassen kann und das auf dieser Basis auch Handlungsmöglichkeiten klarer sind, man weiß, wo die Reibungen anfangen werden, oder auch Friktionen deutlich werden, wo wahrscheinlich nicht so leicht etwas gemeinsam entwickelbar sein wird und in diesem Feld interessiert uns jetzt so an dieser Stelle, so nach den ersten Monaten, wie Sie das sehen in diesem Arbeitsstrang und auch inwieweit grundsätzliche Perspektiven, also Ihre Visionen, was Sie eigentlich wollen mit ihrem Amt in so einer Zeit von Jahren, wenn sie diese alle haben werden, was wir natürlich auch wünschen, dass da so sein wird, wo Sie sich da jetzt da haben wir eben auch Fragen dazu. Hat das was man jetzt noch zu finden sucht an Konsensmenge, hat das nur den positiven einwendenden Charakter und auch Effekte, das spüren wir ja, dass man sieht, an manchen Stellen sind die Unterschiede nicht so groß wie sie immer vermutet worden sind. Nachher muss man sie doch aufgeben, weil da gar kein Gegensatz mehr formulierbar ist. Hat das auch die andere Seite, dass vielleicht durch viele Einwendungen eben auch die notwendige Tiefe oder auch die notwendige Radikalität von etwas Neuem verloren geht?

Wir würden gern das Gespräch auf so einer Ebene führen, dass wir neben dem, was pragmatisch immer wichtig ist, auch konkrete Punkte, die erreicht werden, die auch wichtig sind, wie Sie das ganze Werk so angelegt sehen, jetzt?

Frau Löhrmann:

Ja, vielleicht sag ich dazu drei Sachen. Ich hab zum einen eine Vorstellung und eine Zielsetzung, die sich leiten lässt von dem Gedanken, dass wir einfach besser werden müssen, mit dem, was unser Bildungssystem und insbesondere unser Schulsystem am Ende der Zeit, in der Kinder und

Jugendliche, diesen den durchlaufen haben, an Output haben, Stichworte Risikogruppe von knapp 20 %, Stichworte: Co-Orte, die Fachhochschule oder ein Hochschulstudium erreichen von 35 – 40 %, also einfach nicht leistungsfähig genug und der Gerechtigkeitsaspekt, der Zugang hängt von sozialer Herkunft und vom Portemonnaie der Eltern ab, das ist die Ausgangslage. Und die Frage, wie wir dahin kommen, da glaube ich, müssen wir einfach neue Wege gehen. Da reicht es nicht mehr, nur das richtige Ziel zu haben, sondern man muss sich wirklich mindestens genau so viel Mühe geben, wie kommen wir denn dahin und wie kommen wir dahin und nehmen möglichst viele Leute auf diesem Weg mit. Das leitet mich zu meinem zweiten Punkt. Ich bin vom Grundsatz her ein Mensch, der möglichst wenig erzwingen, verordnen, anordnen will, sondern der möglichst denkst, Mensch, wenn wir alle zu diesem Ziel, zu diesem Ziel wollen wir ja alle, mehr Bildungsgerechtigkeit und bessere Ergebnisse. Das unterschreibt, glaub ich jeder, der Bildungspolitik macht, können wir dann nicht noch mal ausloten, gucken, wie weit kommen wir gemeinsam dahin, die Konsense, wen bekommen wir dazu, wer lässt sich ein auf diesen Prozess. Das ist der Bereich der politisch gesellschaftlichen Steuerung unter Beteiligung aller bildungspolitischen Akteure. Und da bin ich halt jemand, der erstens, die gutwilligen, die kriegen wir doch eigentlich in eine Richtung aufgestellt. Darum der Versuch mit der Bildungskonferenz. Und wie ich bisher den Prozess einschätze, denke ich, bisher war es richtig und man sieht bestimmte Perspektiven. Irgendwann können ja Leute auch nicht mehr raus. Der dritte Punkt ist der Grad zum einen Veränderungswillen, Veränderungsnotwendigkeit, aber auf der anderen Seite nicht noch wieder eine Ansage, nicht wieder sagen, jetzt wird wieder alles anders gemacht. Also Reformwille, Reformnotwendigkeit und Reformmüdigkeit, Überlastung mit Wünschen von Veränderung bei den Beteiligten und Frustriertheit über bestimmte Entwicklungsprozesse. Die Dinge zusammen genommen, einerseits der Versuch, diesen Konsens zu finden und andererseits diesen Grad von Dahinwollen, Inklusion, dabei ist es am offenkundigsten, den einen geht es nicht schnell genug, und die anderen sagen, um Gottes willen, wie sollen wir das auch noch schaffen und das führt mich zu diesem Ansatz, wir verordnen so wenig wie möglich, sondern wir ermöglichen. Nun zu diesem Schrittkonzept, etwa bei dem Prozess, hin zu längerem gemeinsamen

Lernen zu kommen. Die Betroffenen zu Beteiligten machen, das klingt natürlich wie eine Floskel, aber ich meine, das wäre ernst und zu sagen, wo ist der nächste Schritt, der in die richtige Richtung geht, lieber etwas langsamer, aber in die richtige Richtung, um dieser Reformen Frustriertheit zu begegnen und das aufzunehmen und zu sagen, wenn wir diesen Schritt gehen wollen als nächstes von der Landesregierung aus, wissend um unsere Verantwortung und unsere Legitimation, das zu tun, da weise ich auch schon immer gerne daraufhin, will schon immer was umsetzen, aber wie sichern wir den Beteiligten zu, dass sie begleitet werden, bei diesem Umbauprozess, dass sie nicht allein gelassen werden, dass nicht etwas verabschiedet wird in Düsseldorf und dann müssen sie sehen, wie sie damit klarkommen. Negativbeispiel, mal eben schnell politische Botschaft, wir halten endlich Anschluss und es ist ein Elend was damit passiert. Ich meinte Düsseldorf als Landeshauptstadt, als Steuerungszentrale. Das erklärt vielleicht meine Philosophie und unsere Herangehensweise. Ziel Ausgangslagen und Weg und ich glaube, die Zeiten des Absolutismus sind vielleicht jetzt auch vorbei, in so einem Land wie NRW, mit soviel Ungleichzeitigkeit. Vielleicht ist das ganz gut und vielleicht trägt dann natürlich eine Minderheitsregierung dazu bei, dass das dazu passt, dass man behutsamer vorgeht und nicht meint, jawohl, wir haben jetzt die Mehrheit, jetzt ziehen wir mal ordentlich durch. Und das ist das Gegenteil von Basta-Mentalität, davon haben die Leute die Nase voll, weil sie mitgenommen werden wollen, z. B. Stuttgart 21, das vielleicht mal so als Einstieg. Und damit muss ich mich einerseits mit meinem Gestaltungswillen einbringen, aber natürlich auch zurücknehmen. Das heißt es ja, dass wenn man sich auf so einem Weg begibt.

Frau Rössler:

Gibt es da Punkte, inzwischen schon oder noch nicht, wo sie dann innerlich schon Sorge haben, ob nicht das Ganze verloren geht. Es ist ja nicht so leicht getan, das ist noch nicht, glaube ich in einer Gesamtkonsensmasse formuliert, dass wirklich die Hauptrichtung von allen so gewollt wird, mehr Integration, mehr Inklusivität, mehr Gemeinsamkeit, mehr Vielgestaltigkeit, ist glaube ich, also es hadert zumindest. Es sind noch welche, die erkennbar

noch eigentlich die entgegengesetztezu vertreten, sich selber sagen, bestimmte muss man trennen, bestimmte können nicht zusammen.

Frau Löhrmann:

Ja, das ist ja klar.

Frau Rössler:

Also meine Frage zielt darauf, stehen Sie dann am Rande und gucken, kann ich das durchlassen mit dem gewähren lassen und kann es dabei verloren gehen?

Frau Löhrmann:

Es ist ja nicht gewähren lassen, ermöglichen und unterstützen dabei. Und bisher, würde ich mal sagen,toi,toi,toi, es hat sich an zwei Stellen als sehr richtig erwiesen. Insofern sehe ich mich im Moment bestätigt und ermutigt, wir haben für den Prozess der Inklusion einen einstimmigen Landtagsbeschluss hinbekommen mit einem gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und Die Grünen, wo die anderen sich enthalten haben oder ursprünglich anders drauf waren, das heißt, diese Riesenherausforderung für das Bildungssystem, die ist einstimmig vom Parlament, hat mir einstimmig den Auftrag gegeben. Das ist ja eine Super-Ausgangslage, die hat ja kein anderes Bundesland, obwohl es in allen anderen Bundesländern feste Mehrheitsregierungen gibt in unterschiedlichen Konstellationen. Und das andere ist, durch den Weg bei den Gemeinschaftsschulen, immerhin 17 genehmigte, nach einem halben Jahr, und über 40 Interessenbekundungen, „wir wollen das auch“, hat die größte Oppositionspartei gesagt, wir müssen da irgend etwas machen, wir können uns nicht dagegen stellen, wenn das unsere gemeinsame kommunale Basis will. Ich glaube, ein solcher Prozess wäre nicht zustande gekommen, wenn wir ein Gesetz gemacht hätten, Opposition und Regierung hätte sich Opposition gegen aufgestellt, hätte nicht auch angefangen, Weiterentwicklung anzugehen und das ermöglicht, bisher zumindest noch, eine Konsensfindung in der Bildungskonferenz, die dann ja handlungsleitend sein kann für 10 Jahre landespolitische Grundlage. Insofern glaube ich, es geht vielleicht in der jetzigen Zeit in Deutschland nicht anders, als einen solchen Schrittprozess und

schrittweisen Weg zu gehen. Ich kann da ganz gut in den Spiegel gucken und zweifel noch nicht, eher im Gegenteil.

Frau Rössler:

Spiegel meinte ich jetzt eher innerlich...

Frau Löhrmann:

Ja, ich weiß. Es realisiert sich so, wie ich mir gewünscht habe, dass es sich realisiert.

Frau Rössler:

auf jeden Fall ist es schon eine neue Art und Weise Landesbildungspolitik und es gibt ja in Wirklichkeit keine andere in Deutschland, deshalb haben wir ja auch immer die Wechsel in den Programmen in der Regel und im Wechsel der Vorzeichen haben wir den Wechsel der Programme, jedenfalls teilweise, wenn das zu einer Langfristigkeit führen könnte, wäre das schon neu.

Frau Löhrmann:

Ja, dann würde eine Ruhe und Verlässlichkeit für alle Beteiligten entstehen, die wir glaube ich in dieser Form so noch nicht hatten und die Intensität, mit der nicht nur die professionellen Akteure, sondern auch die Eltern in dieser Bildungskonferenz mitwirken, das finde ich sehr ermutigend. Offenbar gab es ein Bedürfnis für ein solches Forum.

Frau Rössler:

Ja, das erlebt man auch so. Das denke ich schon, dass das die Beteiligten so empfinden, dass da jeder gehört wird. Das wäre so Ihr Punkt 3.

Herr Willert:

Ich möchte da mal reingehen in die Geschichte. Vielleicht haben Sie mal eine stille Minute, ich würde sie Ihnen gönnen, auch zwei. Wenn Sie auf sich gucken an dieser Stelle, gibt es da so etwas, wie die Befürchtung oder die

Überlegung oder den Gedanken, das ist ja endlich, was sie machen, dass am Ende alles viel zu kurz gegriffen war. Ich nehme noch mal diese Geschichte, Probleme, die wir in der Bildungspolitik haben oder im ganzen Bildungsbereich. Sie sind ja sehr grundsätzlicher Natur. Sie haben die 20 und die 25 % angesprochen. Wir reden ja nicht von 5 – 18 Jahren, sondern wir reden ja von 2 – in die 20er rein. Besteht da ein bisschen doch nachts wach zu werden oder zusammen zu zucken?

Frau Löhrmann:

Ich bin nur einmal gezuckt, das war als die Überschrift der dpa-Meldung war: Verfassungsgericht stoppt Haushaltsvollzug. Da hab ich an meine 1.525 Stellen gedacht, die ich ja auch errungen haben und die beschlossen worden sind und die Lücken füllt und die die vorherige Regierung hinterlassen hat, da hab ich gedacht, jetzt können die Stellen nicht besetzt werden. Das war ja unser Programm erst zum 01.02., wo es im Wesentlichen wirksam wurde. Und dann die Erleichterung, es bezog sich nur auf das Stoppen weiterer Kreditaufnahmen, aber zum Vollzug und zum Besetzen der Stellen nicht mehr erforderlich waren. Das war eine große Schrecksekunde, aber das hatte ja nichts mit der Herangehensweise zu tun. Ich bin inzwischen der festen Überzeugung, dass man nur Schritt für Schritt vorgehen kann, weil es ja nichts nutzt, Recht zu haben und nicht genug Beteiligung und nicht genug Menschen dabei zu haben, die das dann auch tun wollen. Und was ich noch merke, weil Sie sagen, das ist ein neues Ziel, das ist eine neue Kultur, es sind noch welche in ihren Schützengräben und es haben.... Ich bin immer noch Feindbild für viele. Manche kommen damit auch nicht zurecht. Aber den Schuh ziehe ich mir ja nicht an. Da lass ich mich nicht von meinem optimistischen und vertrauenden Umgang abhalten. Da stellt die ja ins Abseits und nicht mich. Und meine Überzeugung etwa, ich nehme jetzt das Beispiel Gemeinschaftsschule, weil das ja der wesentlichste Veränderungsprozess ist, der da in Gang kommt, ich war ja auch im Wahlkampf sehr zuversichtlich. Ich hab immer gesagt, was regt ihr euch auf, das kommt sowieso. Die Zeit ist reif für diesen Weg. Das es nur so geht, und das man das gut gestalten muss und Anreize geben muss und Unterstützungen geben muss und dann halte ich mich daran fest, dass ich sage, in Finnland hat es auch 30 Jahre gedauert und ist in Lappland

angefangen und in Helsinki war es ganz zum Schluss. Also gehen wir den Weg ohne Zwang, sonst wäre die Aufnahmebereitschaft nicht so gut, so gelingend gewesen. Insofern keine Skepsis. Was klar ist, was mir klar ist, dazu bin ich lang genug im Geschäft, Ämter sind Ämter auf Zeit, von der Demokratie verliehen, von günstigen Verhandlungssituationen gefördert, selbst erarbeitet, das nehme ich schon für mich in Anspruch. Insofern finde ich das auch in Ordnung, dass ich das jetzt so mache. Und ob das Ende gut genug war oder aus welchen Umständen heraus nicht, das müssen dann wieder andere beurteilen. Ich kann ja nur sagen, so wie ich es mir überlegt habe, wie ich es entwickelt habe, so funktioniert es jetzt. Alles andere muss ich ja nicht spekulieren.

Herr Willert:

Ein Hindernis oder zumindest als steuerbarer und manchmal auch nicht steuerbarer Faktor in der Umsetzung der Schulpolitik hat sich immer erwiesen, die Zwischenbürokratie. Besteht für Sie die Befürchtung oder auch die Erfahrung, dass auch in Ihrer Zeit, also mit dem, was Sie jetzt versuchen, wie Sie es versuchen, auf diesem Wege vieles weggefiltert wird und damit vor Ort, nehmen wir jetzt mal nicht Gemeinschaftsschule oder die großen Umsetzungen, aber tatsächlich im Alltag, vor Ort, das ist ja dass, was Lehrer interessiert, was Schulleitung interessiert, was auch Eltern interessiert, weggefiltert wird bzw. unwirksam bleibt?

Frau Löhrmann:

Da kann ich ja nur auf das rekurrieren, was ich selbst unmittelbar erfahre, ich glaube schon, dass es erstens der Weg ist zu sagen, die Kommunen sind auch wichtige Akteure, wollen ja auch gestalterisch tätig werden und die berühmte Aachener Konferenz in der letzten Legislatur, die ignoriert worden ist, weil man dachte, man macht das hier schon, wie man sich das vorgestellt hat, und in der Größenordnung des Landes ist es glaube ich schon sinnvoll, dass es eine steuernde Ebene dazwischen gibt und daran arbeite ich mich jetzt im Moment auch nicht ab, ob man sich das idealerweise nicht anders vorstellen kann. Ich sag mal eher außerhalb des Protokolls: „Man ist ja wahnsinnig, wenn man in Zeiten einer Minderheitsregierung, wenn man nicht weiß, wie lange man regiert, eine

Verwaltungsreform jetzt anfängt, oder eine Strukturreform der Administration, weil der Teil des Apparates sich dann mit sich selbst beschäftigt und versucht, zu argumentieren, warum man das unbedingt so und nicht anders will. Da haben wir die Clemens'schen Erfahrungen zuhauf gemacht in der Regierungszeit davor, als ich das aus Fraktionssicht alles mitbekommen habe. So aber das nur am Rande“. Ich habe bisher das Gefühl, dass wenn wir von der Hausspitze her, in allen Bezirksregierungen gewesen sind und diskutiert haben mit Dezernentinnen und Dezernenten, dass dort auch eine Akzeptanz da ist, zu sagen, wir hier von Landesseite, wir machen natürlich diese Vorgaben, wir haben dieses Regierungs-Programm mit diesen Schwerpunkten und natürlich setzen wir darauf, dass die Bezirksregierung als Transmissionsriemen und nicht als Sand im Getriebe, auch arbeiten und sozusagen da koordinieren, wo zu koordinieren ist, damit dazu beitragen wollen, dass die Stellen natürlich besetzt werden, da auch einen Blick drauf haben, wie geht das mit der Inklusion, also da setzen wir auf eine aktive Unterstützung der Bezirksregierung sowie in jedem größeren Betrieb kann es sein, dass es Reibungsverluste gibt, da muss man dem nachgehen, da muss man nachsteuern. Zumindest unterstelle ich, dass loyal die Vorgaben und die Ergebnisse auch gestaltet werden. Wir haben bisher zumindest, Ausnahmen mögen die Regel bestätigen, keinen Grund daran zu zweifeln und bekommen eher positive Rückmeldungen, auf die Führungskultur, die wir versuchen zu pflegen.

Frau Rössler:

Die müsste sich ja eigentlich fortsetzen können, im Prinzip müsste es ja möglich sein:

Was wir natürlich von Schulleiterseite erleben, ist sehr häufig, dass dann vor Ort kleine Fürsten dann doch ihren kleinen Hof betreiben, wie sie es gewöhnt sind und bewirtschaften und es sind eben auch nicht nur Einzelpersonen, sondern auch Tendenzen. Und die Tendenzen gehören sozusagen zum alten Geist und da eben die Gesamtreform nicht ausgerufen ist, wie das ja Bundesländer schon begonnen haben, Bremen hat das ja mal vor Jahren so systematisch begonnen mit dem Kommunikationsprozess, der dazu gehört und mit entsprechenden Experten, die von ganz anderen Bereichen herkommend da auch in der Lage waren so große Systeme auch

überhaupt anzuschauen, zu analysieren, dass solche Prozesse in Gang kommen. Es gibt eben auch so Tendenzen der schnellen Antwort, will ich mal sagen, der Abbau der Dezernate, das ist ja vorgeschrieben. Das kann man ja sehen, dass die Zahl der Dezernenten abnimmt, das aber unklarer geworden ist, Teile der Arbeit ist auf die Schulleiter übergegangen, das große zeitraubende Geschäft der dienstlichen Beurteilungen liegt in den Schulen und da sind Stellen frei geworden. Die sind nun auch geringer geworden in der Zahl. Unklar geblieben ist, welche Aufgaben haben die jetzt, es ist ja ein ganz neuer Duktus eingeführt worden in der Zwischenzeit in diesen 10 Jahren, in denen das so peu à peu umgewandelt wurde, hat das ja mehr oder weniger systematisch neue Gesprächsformen zwischen Schule und Schulaufsicht gegeben, wie Jahresantrittsgespräche, da ist uns gar nicht klar, wie flächendeckend das ist, ob das alle Schulformen erreicht hat, ob das nur die Gesamtschulen sind, das müsste man einfach mal kommunizieren. Die Tendenz, die jetzt so an vielen Einzelfällen so deutlich wird, ist, dass die Rechtsabteilungen erstarken und ohne neue Definitionszusammenhänge, dass die viele Entscheidungspunkte an sich ziehen, da wo eben kleine oder auch größere Dinge nicht ausgeführt sind, rechtlich nicht richtig formuliert sind, wo Gelenkstellen nicht stimmen und da sitzen die schon, die machen das schon, die sagen, wir sind diejenigen, die jetzt die Täter sind.

Frau Löhrmann:

Das ist in jedem Fall richtig. Es ist ja nicht so, als wenn sich insbesondere im Bereich Schule sowie im schulischen Leben, als auch in der Administration die Abläufe an Legislaturperioden orientieren, insofern finden wir jetzt einen Zustand xy vor, im Umbauprozess. Weg von der Input- zur Outputsteuerung, Qualitätsanalyse, weg von der Aufsicht hin zur Unterstützung. Das ist ja nicht nur durch meinen Beginn, sondern durch unterschiedliche Vorphasen an unterschiedlichen Stellen, da verspreche ich mir, in dem Fall, welche Aufgaben hat die Schulleitung, welche Rechte hat Schulleitung, welche Pflichten und und und. Da verspreche ich mir auch, dass die Bildungskonferenz mit dieser Arbeitsgruppe, die sich auch um diesen Komplex bemüht, Rolle Schule in der Bildungslandschaft, dass man da vielleicht auch einvernehmlich feststellen kann, wo stehen wir jetzt, wie

ist das jetzt organisiert, wo gibt es Probleme, Probleme benennen. Ich bin immer jemand, der sagt, bitte offen Probleme benennen, ohne Schuldzuweisung, einfach einen status quo noch mal analysieren, um zu sagen, wie steuern wir das denn vielleicht vernünftig. Da liegt auch eine Chance in dieser Bildungskonferenz, dass dann herauszufinden, damit dann nicht auf einmal Einheiten, ich will das jetzt nicht namentlich sagen, Einheiten ein Eigenleben entwickeln, die den Grundsatz, den man in dem Punkt hat im Parlament, vor Ort gestalten, ausgestalten mit Freiheiten, wenn hinterher sozusagen, die Standardsicherung gegeben ist. Da besteht, glaube ich auch die Möglichkeit dem nachzugehen. Die Frage, wie wir Fortbildungen vernünftig gestalten oder auch individuelle Förderung, ist eher auch eher große Verunsicherung, weil es so, wie es bisher läuft, nicht optimal läuft.

Frau Rössler:

Da ist ja ein großer neuer Punkt angeschnitten. Der ist ja auch ziemlich wichtig. Da müssen wir noch einmal drauf eingehen. Ich möchte noch einmal anknüpfen an das Thema, wie die Behören zusammen reaktionieren. Da hatte ich in dem ersten Gespräch, welches wir geführt haben, schon ein Beispiel genannt, mit den Beförderungsstellen. Ich hab den Brief, der irgendwo im Niemandsland gelandet ist, offenbar, den hab ich noch mal mitgebracht, nicht um das auszubreiten in Wirklichkeit. Aber das ist ein Beispiel dafür, dass das, was Sie auch in Aussicht gestellt haben, dass da wo bestimmte Punkte sind, die man für sich relativ isoliert anpacken kann, dass Sie da auch vorhaben, pragmatisch Lösbare auch tatsächlich einer Lösung zu überführen. Das wäre vielleicht so etwas. Da wäre wichtig: Heißt die Überschrift wirklich der Schulleiter, die Schulleiterin vor allen Dingen, ist da eine Person, die Personalentwicklung betreiben soll. Das ist Ziel, das ist ausdrückliches Ziel. Dann ist nämlich klar, wie man mit Beförderungsstellen dem sich unterordnen muss und dass einem in diesem Sinne gute Lösung zu finden ist und nicht eine im Sinne der beteiligten Akteure, die da noch ein bisschen mehr Raum einnehmen wollen oder ein bisschen mehr zu sagen haben wollen. Das wäre dann klar. Als Teil auch von selbständiger Schule oder selbst verantworteter Schule. Das wäre dann stimmig.

Frau Löhrmann:

Das ist auch so. Das ist auch Ziel. Die Frage ist dann aber leider nicht nur, ob irgendwo Leute sitzen, die sagen, wir möchten das weiter tun, sondern dann haben wir durch unser stark verrechtliches System, das muss man in diesem Fall auch dazusagen, und die Frage ist, ob Beamter, Angestellter und, und, und, was kann man übertragen, ohne dass es Friktionen bedeutet, die jenseits der Frage liegen, wer hat das bisher gemacht. Aber von der Zielperspektive ja.

Frau Rössler:

Das ist ein typisches Beispiel, wo es einfach ist. Wir hoffen, dass es stimmt.

Herr Willert:

Ich denke, es gibt andere, aber die haben alle ein Charaktermerkmal, was ihnen allen zuzuordnen ist, dass sie nämlich in ihrer Umsetzung inzwischen in der Beliebigkeit gelandet sind und sehr ich Ihren Ansatz schätze, was Sie am Anfang aufgezeigt haben, einen dialogischen Ansatz, frage ich mich manchmal, ob man nicht Klärungen braucht.

Frau Löhrmann:

doch, eindeutig. Das ist nicht Beliebigkeit.

Herr Willert:

Darf ich ein Beispiel nennen?

Frau Löhrmann:

Ja.

Herr Willert:

Wir haben in Sachen Inklusion landesweit noch keinen Gesetzentwurf...

Frau Löhrmann:

Ja genau, wir haben einen Antrag, den man in Auftrag gibt.

Herr Willert:

wir agieren vollkommengesetzesfrei. Lediglich basierend auf der Uno-Karte § 23 oder 24, den Kindern, der das einräumt. Vor Ort wird aber vielerorts werden Fakten vollzogen, wo ich mich frage, wie kommt ihr dahin, diesen Weg zu gehen, zum Beispiel Förderschulen zu schließen, diese zu Kompetenzzentren der Förderung zu machen, personalmäßig natürlich auch versehen mit Konsequenzen. Es wird gemacht, bis hin dazu, dass Schulleiter sagen, ich habe empfohlen bekommen, keine Sonderschuleignungsverfahren sondern Schulweisungsverfahren mehr zu beantragen, weil das im Moment ... das widerspricht der Inklusion. Das mag ja in der Sache stimmen, aber nicht unsere Verhandlungsgrundlage ist.

Frau Löhrmann:

Ja, aber da gibt es schon Leitentscheidungen. Also auszuhandeln, wo man in großen Entwicklungsprozessen Gemeinsamkeiten definiert, wie soll sich das Schulsystem weiter entwickeln, ist das Eine, trotzdem gibt es Leitentscheidungen, die dann auch, wenn sie getroffen sind, gelten. Insofern nicht Beliebigkeit. Wir haben auch, obwohl wir noch keine Rechtsgrundlage getroffen haben, in Sachen Inklusion haben wir sogar in positiver Würdigung der jetzigen schulgesetzlichen Grundlage einen Erlass heraus gegeben, wo immer möglich, bitte Elternwunsch befragen, Eltern nicht von Pontius nach Pilatus schicken, besonders am Beginn der Sek I. Wir haben 188 Stellen von den 1525, die administriert werden können und haben im Moment ein Plus gegeben als Land, auch an Ressource und haben gesagt, handelt schon danach, obwohl wir noch kein Recht haben. Dass das noch hapert, weil es so neu ist.....

Neue Cassette

Förderung, Schulversuch, erstmal verlängert, um nicht irgendwie Chaos auszulösen, keine regionale Ausweitung und die Absicht ist, diese Kompetenzzentren, die sehr unterschiedlich zu sein scheinen im Land, zu überführen zu Zentren für die Inklusion. Das ist schon feste Absicht und regional auch Inklusionsbeiräte, sage ich jetzt mal, vor Ort zu installieren, weil natürlich die Steuerung, wo mache ich welche Schule, schon als erste

auf den Weg, wo klappt das noch nicht so gut und wo haben wir welchen Elternbedarf. Das ist natürlich ein Prozess, der wie bei aller Schulentwicklung auch vor Ort ausgestaltet werden muss. Und dann gehen ja alle Beteiligten von einem längeren Prozess aus. Das heißt nicht, wir gucken mal, was passiert, das ist nicht der Weg.

Herr Willert:

Aber Sie verstehen, dass mitunter der Eindruck entstehen muss, weil das sehr personenabhängig ist, wie damit umgegangen wird?

Frau Löhrmann:

Ja, da ist Phase 1 Bezirksregierungsgespräche Hausleitung deutliche Ansage, da geht es hin, da gibt es regelmäßig die Dezernentenbesprechungen und da sind wir natürlich darauf angewiesen, wenn das nicht so funktioniert, wie das politisch gewollt wird, in dem Fall mit Nachdruck des gesamten Parlamentes, da muss man dann... wo gearbeitet wird, passieren auch Fehler, ob das nun bewusst oder unbewusst ist... altes Denken ist was, was noch nicht verinnerlicht ist, da muss man dann nacharbeiten und nachsteuern, das ist doch völlig klar. Nur auf Knopfdruck davon auszugehen, ich mache jetzt ein Gesetz, von jetzt an sind alle Schulen das und das, und dann passiert das automatisch, das funktioniert nicht. Ich will das nur noch mal erklären. Das das nicht funktioniert haben wir gesehen, individuelle Förderung, Rechtsanspruch im Gesetz, na und? Wo ist die denn gelebte Unterrichtswirklichkeit in NRW?

Herr Willert:

Da wollten wir auch nach fragen.

Frau Löhrmann:

Und G8/G9 wunderbar, Hausaufgaben werden jetzt anders gemacht, die Kinder haben kein Problem, wenn die den verdichteten Stoff verarbeiten müssen, passiert per Knopfdruck per Gesetz, dadurch als Ansage komplett. Das zeigt die Steuerung, wie man sie sich idealerweise mal gedacht hat, dann so auch nicht geht. Und ich hab gelernt, dass in Schweden, ich hab jetzt die BASS gerad nicht hier. Wir hatten sie heute Morgen dabei, dass

man in Schweden irgendwie 35 Seiten Schulgesetz hat, schlank, kompetente Zielsetzungen und sehr viel Freiheit in der Ausgestaltung und trotzdem eine Variante der Leistung von nur 8 %. Wir haben ein übergeordnetes detailorientiertes System der Inputsteuerung und haben eine Varianz zum Output von 80 % innerhalb der gleichen Schule, Schulform zum Teil. Daher röhrt eine Sache, also knapp sagen, das soll erreicht werden, da wollen wir hin, aber Freiheit für die Wege. Und das hakt noch, weil wir bei der Outputsteuerung noch nicht sind und die Inputsteuerung noch nicht zurückgenommen haben. Das ist ja auch Teil des Ächzens der Beteiligten.

Herr Willert:

Wo stehen Sie denn da jetzt. Sie haben ja schon einige Monate hinter sich.

Frau Löhrmann:

Da stehe ich noch nicht. Ich habe es auch nicht prozentual quantifiziert. Wir bilden uns aber ein, dass wir mit Erlassvorgaben doch zurückhaltend sind und noch keine Entscheidung an uns gerissen haben.

Herr Willert:

Der deutsche Städtetag hat vor, im März eine, ich weiß nicht, wie man das nennt, eine Grundsatzklärung oder Einvernehmlichkeitserklärung zu formulieren, zum Trennen von inneren und äußeren Schulangelegenheiten. Frage, wir wissen da nichts drüber, aber Sie haben vielleicht eine Hoffnung darin.

Frau Löhrmann:

Ja, Hoffnung habe ich immer. Und ich finde die Trennung von inneren und äußeren Schulangelegenheiten ist natürlich historisch bedingt und hat ihre große Tücken, was man am besten beim Thema offener Ganztag sieht, weil das eine röhrt her vom Betreuungsansatz, aus Sicht Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das andere ist der Bildungsansatz, damit innere Schulangelegenheit, damit Mischung zwischen Kommunal- und Landesaufgaben und natürlich, was die Schulen angeht, hat man es beim Personal zum Teil auch, wenn Träger Personen anstellen, die dann auch Mitglied der Lehrerkonferenz sind, obwohl sie nicht von Land bezahlt sind,

also Mischformen. Deshalb ist meine Vorstellung davon, dass wir eine staatlich kommunale Verantwortungsgemeinschaft ausgestalten sollten, vor Ort, als Instrument, um die Verantwortlichkeiten zusammenzuführen. Wir müssen wegkommen von unorganisierter Verantwortungslosigkeit und Verantwortung, ihr seid Schuld, diese Schuldzuweisung, da halte ich überhaupt nichts von. Sondern, zu sagen, wer übernimmt jetzt welche Verantwortung, also zu einer geteilten und akzeptierten Verantwortungsübernahme, das mal eben zu lösen, ich weiß nicht, was der Städtetag entscheidet. Der Städtetag will da sicher einen schönen Aufschlag machen, aber das hat Facetten, die sind sehr kompliziert und vor dem Hintergrund muss man sich anschauen, was man da schaffen kann, weil das grundsätzlich mal eben neu zu regeln, eine größere Baustelle ist.

Frau Rössler:

Es sind ja sicherlich auch ganz unterschiedliche Sachbereiche?

Frau Löhrmann:

Wollen die schulen, wenn sie mehr Verantwortung wollen, wollen sie auch mehr Lehrerinnen und Lehrer übernehmen, weil sie dann ganz viel Pensionsleistungen hätten und das dann zu berechnen, wann wer für was macht und da muss man tatsächlich pragmatisch und lösungsorientiert dran gehen, um nicht immense Diskurse zu haben, über Verwaltungssachen und Konexität und und und, was uns lähmt in der Schulentwicklung. Ich hab die Schul- und Qualitätsentwicklung im Blick.

Frau Rössler:

Ja, da gibt's ja verschiedene Anpack.....der Schulqualität. Und eins ist vielleicht die Qualitätsanalyse, wenn sie nicht isoliert auftritt und irgendwie in Prozesse eingebunden ist, wie das ja auch geplant ist, zu verstärken, dass es nicht einfach so ein Abdienen der Quoten ist, die man schaffen will und dann feststellt, wie unterschiedlich gut die sind, und das es dann auseinanderfällt ist sehr typisch, ein deutsches Phänomen, dass überall die Unterschiede sehr polarisiert auftreten und der Durchschnitt ganz wenig aussagt, über das, was da an einzelnen Standorten unterschiedlich stattfindet. Wir haben natürlich Interesse daran, dass die wichtigste Crew,

die es gibt, also das Kollegium einer schule, dass das ein gutes sein kann und das in der Fläche sehr viel besser werden muss, das ist jetzt nicht so ein allgemeines Gejammer über schlechte Lehrer, sondern man kann ja die Bereiche benennen, es gibt auch Gründe, warum die Vorgänger Landesregierung sich nicht getraut hat, die Lehrer in die Pisa-Parallel-Studie einzubeziehen, weil man das schlechte Ergebnis sich nicht angucken wollte, obwohl man da vielleicht etwas genauere Informationen bekommen hätte. Das wäre ja eigentlich eine gute Funktion der Teilnahme an einer Studie, es gibt ja auch alte Ansätze, die ja auch schon mal verfolgt worden sind über ein paar Jahre, die Lehrerausbildung, andere Inhalte, andere Bausteine und andere Gewichtung darin, braucht zwischen Fachlichkeit und Pädagogik, Erziehung, empirische Schulpolitik, Schulwissen, Forschung und arbeitsplatznahe Forschungsmöglichkeiten, so etwas wie evaluieren, oder so etwas wie interne Prozesse mittragen als Lehrer, was nicht Unterricht ist, das man so etwas auch lernen muss, und dann man auch besser versteht mit Daten umzugehen, wie auch ernst zu nehmen, einzuschätzen und daraus einen Umkehrschluss ziehen und zu sagen, dieses Ergebnis ist mir ein Auftrag. Das man also in ein anderes Gefühl einbringt, da wollte man am liebsten überall anfangen und vielleicht müsste man das auch mal, dass man anverschiedenen Stellen gleichzeitig anfängt, denn was bisher real stattgefunden hat, ist ja, dass sich ein neues Denken und eine neue Arbeitsweise in Schulen immer nur sehr langsam durch die Umwälzung der Jahrgänge ergeben hat, und das ist ein ganz sicherer zu langamer Prozess, da kann man sicher sein, dass der nicht ausreicht, um zu einem annehmbaren Ergebnis zu kommen.

Frau Löhrmann:

Das glaube ich auch. Das hängt dann zusammen mit dem Thema, wie schaffen wir es systematisch Unterrichts- und Schulqualitätsprozesse auf den Weg zu bringen. Ich glaube, dass das der Kern ist, auch an dem viel Veränderung und Verbesserung hängt, von dem, wenn man an das ursprüngliche Ziel denkt, das ist glaube ich klar. Ich halte es für richtig, wenn es eine Qualitätsanalyse gibt, von der mir berichtet wird, dass viele die vorher sorgevoll sahen und hinter sagen, es ist gut, dass wir das gemacht haben. Dann das positiver annehmen, wenn sie da durch sind. Dann muss

es vernünftige Zielvereinbarungen geben mit den Beteiligten und dann muss auch klar sein, so jetzt ist für diese Schule diese Maßnahme sinnvoll oder aber diese ist nicht sinnvoll und gemeinsam dann über Zielvereinbarungen und Entwicklungsprozesse daraufhin zu arbeiten. Ich glaube, in dem Fall, bei uns, ich weiß nicht, warum es so ist, es ist aber so, man will immer gerne, wenn es ein schlechtes Ergebnis gibt, dann will man, dass es irgendwer anders schuld ist, wir haben keine Kultur schlichten Feststellens von Problemlagen und des Gemeinsamen Überlegens, was machen wir denn jetzt damit, sage ich mal etwas salopp. Wie machen wir es, dass möglichst alle darauf hinarbeiten und erkennen. Wenn ich sage, die sind Schuld, will ich ja damit nichts zu tun haben und bin auch nicht verantwortlich für den Veränderungsprozess. Das müssen wir auch knacken. Und Lehrerinnen und Lehrer sind natürlich durch unsere Sozialisation an Lehrerinnen und Lehrer darauf getrimmt, Einzelkämpfer zu sein. Ich glaube, indem wir sagen, ihr seid Teil des Teams und der Crew, das heißt, ihr müsst ein Teil von dem „ich mache das so und ich bin von dann bis dann in der Schule“ und „dann organisiere ich das für mich mit meinen Klausuren, meiner Unterrichtsvorbereitung, meiner Elternarbeit, das mache ich so, weil das für mich individuell gut ist“, ist ja ein Stück Freiheit, aber ein Stück gebe ich ab, weil ich mich als Teil des Teams betrachte. Was die Lehrer aufgeben, gewinnen sie dann, weil sie damit erlöst werden von dem Einzelkampf. Und diesen Gedanken, finde ich, müssen wir in die Kollegien tragen, damit sie sich den Ruck geben und sagen, lass ruhig gucken, wie ich unterrichte. Ich werde mich an den Materpfahl stellen, oder was auch immer. Darin liegt, glaube ich ein Schlüssel für Veränderungsbereitschaft und Aufbruch für Veränderung.

Frau Rössler:

Da gehört meines Erachtens in jedem Fall auch Verbindlichkeit rein. Die Schulleitung kann nur mit bestimmten Handlungskompetenzen, die definiert sind, Verbindlichkeit herstellen und darf sich nicht so eine sein, die diesen Charakter hat, aber die kann trotzdem arbeitsrechtliche Verbindlichkeiten und Eckpunkte haben, z. B. eine bestimmte Präsenz in der Schule. Da wird vielleicht erst geschrien, weil das alles Tabuthemen sind, aber es wird nie lange geschrien und ich habe mich gewundert, wie

wenig Aufschrei war, als es hieß, dass die letzte Ferienwoche, de facto die drei Tage, die in Wirklichkeit stattfinden, aber immerhin, das gab es früher nicht, Präsenz in der Schule ist. Da wird tatsächlich das Schuljahr vorbereitet, das ist eine intensive Zeit, die ist gut organisiert, die muss gut organisiert sein, weil man sie sonst nicht gut genug bekunden kann auch, weil sie nötig ist, nur die reicht so nicht aus. Das ist an der Stelle auch richtig, das ist für mich aber ein Beispiel dafür, wie leicht es ist. Es ist eine Zeit mit einer guten Atmosphäre in der Schule, die Leute sind alle ganz leutselig in dieser Zeit.

Frau Löhrmann:

Ja, sie profitieren ja dann auch davon. Das was ich gebe, vermeintlich gebe und aufgebe an Freiheit und eigenständigem Zeitmanagement und und und, muss es ein Gewinn auf der anderen Seite geben, dass ich sehe, aha, was ich jetzt hier in den 3 bis 5 Tagen investiert habe und eingebracht habe, davon profiziere ich jetzt das erste halbe Jahr durch Teamarbeit in den Absprachen von Unterrichtsgestaltung, Projektwochen, politischer Bildung, keine Ahnung. Dann wird es ja leichter. Dann isst man auch nicht mehr allein gelassen.

Frau Rössler:

Wir könnten jetzt aus dem Stand die Eckpunkte und die Verbindlichkeiten inhaltlich definieren, die unbedingt nötig sind, damit man eine Schule, die wirklich sich damit konfrontiert, wir müssen etwas tun, wir müssen bestimmte Dinge verändern und wir haben auch eine Vorstellung wie weitgehend wir diese verändern müssen, was dafür nötig ist, dass diese Bewegung stattfindet, dass diese Arbeitsprozess organisiert werden kann, dass man nicht an der falschen Stelle die Widerstände erst abarbeiten muss. So dieser Erstaufschrei. Das wäre wirklich zu schade, viel Energie verbrauchen zu müssen. Das wäre Teil von dieser systematischen Schulentwicklung, die ja Programm des Landes ist für uns alle, dass wir die formuliert bekommen, das wäre aus unserer Sicht wichtig, dass das bald stattfindet. Das Wissen darüber gibt es ja, es gibt ja systemisches Wissen, wo man sagen kann, in unserem System, in NRW ist das nicht wie in Holland, dass man die und die Summe bekommt. Der Schulleiter kriegt 2

Jahre Zeit oder auch nur 1 und die und die Rahmenbedingungen sind so und so. Da steckt in der Regel auch sehr viel Geld drin, wenn eine Schule von 0 nach normal transportiert werden soll. Das sind vielleicht einige andere Dinge hier, die kann man aber identifizieren, die das sein müssen, die müssten dann aber eine Verbindlichkeit an der Stelle haben, dass ein Kollege nicht sagen kann, ich mache da nicht mit. Das dürfte es eigentlich nicht geben. Wir haben sicherlich nicht die Möglichkeit, Leute zu entlassen. Das tut ja manchmal Wunder, das gehört aber in ein anderes Gesamtgefüge, das ist gar nicht ohne weiteres eine wünschenswerte Maßnahme. Also was zum Beispiel sein könnte, fände ich gar nicht verkehrt, wenn einer sagt, an dieser Stelle, wo die Schule jetzt steht, an dieser Schule mache ich nicht mit, dass er sich zumindest eine andere Schule aussuchen soll.

Herr Willert:

.....

Frau Rössler:

Eben nicht, es gibt Leute an der Schule, die sich sehr heimisch fühlen an der Schule, wo sie nichts tun wollen.

Herr Willert:

Ich würde aber gern noch mal zur QA zurückkommen, und zwar in den Alltag. Das war natürlich Alltag, aber schon sehr weit nach vorne gedacht.

Konkret wir haben jetzt alle QA, also ich hab sie noch nicht gemacht, aber ich freu mich schon drauf. Ein Punkt, der immer wieder auftaucht ist der Bruch der am Ende automatisch damit verbunden ist. Das Schlimmste konkrete, was passieren kann, wir kommen nächstes Jahr wieder oder übernächstes Jahr, statt in 5 Jahren. Das ist wohl noch nicht passiert, ist auch egal, aber Sie haben selber formuliert in Ihrer Rede in Dortmund, bei DAPF, haben sie formuliert, wir müssen jetzt außer der Analyse und der Diagnose auch zu den Mitteln kommen zu dem nächsten Schritt, es muss sich was ergeben. Ergibt sich was? Es hat sich ja nichts ergeben, aus dem Grunde, aus meiner Sicht, wir haben QA-Analysen in notwendiger, welcher Zahl auch immer, aber wir haben keine Therapeuten-Ausbildung.

Frau Löhrmann:

Das habe ich schon genauso verstanden, sondern von der Qualitätsanalyse über die Zielbeschreibung mit der Feststellung, welche Unterstützungsmaßnahmen sind denn gemeint, damit da was folgt. Die QA darf nicht folgenlos sein, sowohl in der Vereinbarung des Veränderungsprozesses, als auch in der Wertung, dass dieses Programm, was wir für richtig halten, auch passiert. So, das ist dann möglicherweise eine Fortbildung xy für dieses Kollegium oder das ist der Hinweis, wir haben hier bestimmte schwierige Milieus, da gibt es was aus dem Sozialindex, also ich wünsche mir ja, dass wir flexible Budgets identifizieren für unterschiedliche Anlässe, die dann gesteuert benutzt werden, nicht Gießkanne. Weil der Befund ja wahrscheinlich unterschiedlich ist. Und der ist dann, wenn ich dann frage, wer ist das jetzt Schuld, wer hat das zu verantworten, das hilft nicht, das ist dann so und da muss man gucken, was ist jetzt das Programm? Ich will diese Vergleiche mit der Gesundheit eigentlich nicht, aber das klingt so, da ist jetzt die Diagnose und wo ist jetzt die Medizin, man kann da schon drin rumspinnen, aber ich will das nicht, das ist nichts Krankes.

Frau Rössler:

Hoffentlich nichts Ansteckendes?

Herr Willert:

Auch das, wenn du deine Leute versetzt und die dann nicht mehr zur Schule kommen...

Frau Löhrmann:

Und keiner will sie haben..

Frau Rössler:

Die müssen eine Schule finden, die sie nimmt...

Herr Willert:

Ich habe das eigentlich konkret gemeint.

Frau Löhrmann:

Ich meine das auch konkret. Ich möchte das einwenden in ein Fortbildungs- und Unterstützungssystem. Das sag ich jetzt noch mal außerhalb: wir haben ja viel, wir haben ja richtig Ressourcen, wir haben ja Moderatoren und und, aber so richtig zum Krachen kommt das irgendwie nicht, das Geld, was da auch drin ist. Ich will nicht einfach sagen, ich nehme wieder neues Geld, was der Finanzminister mir nicht geben kann und will und wir vielleicht noch härtere Maßnahmen bekommen, wo ist der genaue Clou, wie wir die genaue Fortbildung machen? Da bin ich offen und das haben wir auch in der Konferenz gesagt....

Herr Willert:

Wer bringt Ihnen die Lösung?

Frau Löhrmann:

Nein nicht die Lösung, sondern..

Herr Willert:

Nicht die Lösung für das Problem. Wer bringt Ihnen denn den entscheidenden Ansatz, das es zur Sprache kommt. Daran hanteln wir ja jetzt. Wir haben das ja bewusst abgeschafft bekommen.

Frau Löhrmann:

Ja, andere haben es abgeschafft.

Herr Willert:

Und statt des Wasserkopfes war gar nichts mehr da. Wobei dieser Wasserkopf gar nicht so schlecht war.

Frau Löhrmann:

Gestern Debatte im Schulausschuss. Für die CDU ist das immer noch die linke Kaderschmiede, keiner wollte das haben, waren Sie da mal, es ist noch ideologisiert. Deswegen gibt es nicht wieder Soest, das Landesinstitut gibt es in dieser Form nicht mehr, die Aufgaben sind aber geblieben und also

kommt es auch an, diese Aufgaben neu zu definieren und dann ein Konstrukt zu schaffen, hoffentlich, was die systematische Fortbildung, was Fragen der Qualitätsanalyse, was die Fragen der Standardsicherung, Abituraufgaben, alles was mit Pisa usw. zu tun hat, da identifiziert. Das ist Ziel, aber das fangen wir erst an, wenn wir einen Haushalt verabschiedet haben und wenn wir wissen, dass wir noch länger regieren.

Herr Willert:

Also es steht auf der Agenda?

Frau Löhrmann:

Es steht auf der Agenda. Es steht im Koalitionsvertrag.

Herr Willert:

Den holen wir nicht raus und gucken, was da steht.

Frau Löhrmann:

Das soll ja auch verknüpft werden mit dem elementarpädagogischen Bereich, um eine Fortbildungsakademie da zu begründen.

Frau Rössler:

Ich meine, es gäbe da vielleicht auch andere Sorgen, die man formulieren könnte, wenn man ein irgendwie geartetes Landesinstitut wieder errichtet, das könnte zum Beispiel daran liegen, darin formuliert sein, dass man sagt, es ist ja ein hoher Innovationsanspruch an so ein Institut und die Vergabe von Stellen im Beamtenstand, wie das ja eigentlich in der Hauptsache war, ist nicht die Garantie von Innovation, jedenfalls eher ein Hemmnis, muss nicht sein, aber eine Tendenz, die da ist, das ist einem ja klar, dass man einer solchen Tendenz aktiv Gegenflöcke auch setzen muss, damit das nicht durchschlägt. Da sind ja auch Sachzwänge, die im Arbeitsrecht begründet sind, die dazu führen, das das Institut nicht so gut sein kann, wie es sein sollte oder könnte und das wären noch andere Sorgen, die man haben könnte. Es muss auch eigentlich radikal genug sein, jetzt in so einem wörtlichen sinne.

Frau Löhrmann:

Was das tun soll und was da gut für wäre, da kann man ruhig machen. Ich will das jetzt nur nicht überhöhen, als könnten wir nicht auch eine... also ich will mich nicht abhängig machen von einer Entscheidung. Ich möchte auch immer handlungsfähig sein. Ich hatte heute Morgen ein Gespräch und da hieß es: „Ach und der Förderalismus. Jetzt kann ich mich quälen und sagen, jetzt haben wir den Förderalismus und der wird in 50 Jahren so sein, warte ich jetzt mit der ... ich will das Kooperationverbot abschaffen, wenn ich das schaffe, habe ich ja schon wieder etwas erreicht, wenn wir wieder ein 5-Milliarden-Programm kriegen für den Ausbau von Ganztagschulen. Da wäre ich ja erst einmal mit zufrieden. Also ich kann mich ja auch ohnmächtig machen. Ich will mich ja mächtig machen und handlungsfähig machen. Deswegen ist Soest ein Landesinstitut auf der Agenda und es schön, wenn wir das ausgestalten können, aber wir werden auch handlungsfähig sein, wenn wir das nicht in der Idealfassung bekommen, wie ich mir das vorstellen kann. Das ist zwar sehr pragmatisch aber aus meiner Sicht auch sehr vernünftig.

Frau Rössler:

Das können wir uns ja als Schulleiter auch vorstellen, da haben wir ja auch einen Anspruch formuliert, das wir da gut angeleitet werden, dass da eine Qualität da ist, die wir nicht aus der Praxis heraus entwickelt können, sondern wo wir drauf angewiesen sind, dass es Forschung gibt, auch für unser spezielles Feld. Das müsste aber eben nicht dasselbe Institut sein.

Frau Löhrmann:

Das wird es wohl natürlich auch nicht sein. Es gibt ja neue Aufgaben, es gibt ja einen neuen Blick auf Schulentwicklung erfreulicherweise. Ich reiße doch jetzt nicht alte Gräben wieder auf, dass man erst Soest alt feststellen muss, ehe man sich an die Gestaltung von etwas Neuem machen kann, das wäre kindisch.

Frau Rössler:

Wir müssen noch einmal zum Anfang zurück.

Wir hatten ja Anfangs die Frage, ob das alles weitgehend genug entworfen wird. Wenn der Konsens so wichtig ist und wir merken das auch, dass er so wichtig ist, und dass er auch Wirkung hat. Trotzdem die Frage noch einmal: Gibt es für all die Aufgaben, die jetzt nicht unbedingt in ein Hintereinander nur gedacht werden können, also die nicht warten können, gibt es genug Geld, gibt es genug politischen Willen und politische Kraft, den Bildungsbereich so auszustatten, dass er so modern werden kann, so leistungsfähig, wie das nötig ist, um ihn zukunftsfähig zu machen, um ihn jetzt auch einfach aktueller tauglich zu machen?

Frau Löhrmann:

Es gibt die Verabredung im Koalitionsvertrag, und auch schon einen Kabinettsbeschluss, dass die freiwerdenden Ressourcen durch zurückgehende Schülerzahlen im System Schule bleiben. Das ist eine ganz erklärbare Ressource, aber ist jetzt nicht paradiesisch, sondern – alle denken, das ist jetzt okay, alle denken, ich kriege das alles für meine besonderen Dinge – und wir haben ja baldige Herausforderung, was den Ausbau des Gantages angeht, was zum Beispiel die Frage des Sozialindexes angeht, was den Umbau Inklusion angeht, und was die systematische Unterrichts- und Schulqualitätsentwicklung angeht, dass sind die Hauptbaustellen. Da werden wir schauen, mit welchen Modulen wann was frei wird, das muss man natürlich prognostizieren, da liegen auch Risiken drin. Was weiß ich, aus welchen Krisengründen heraus oder alle wollen auf einmal in die gymnasiale Oberstufe, an welcher Schulform auch immer und dann brauchen wir wieder mehr Lehrer. Unwägbarkeiten. Und trotzdem ist das fest verabredet und Bildung ist die Priorität dieser Landesregierung, sowohl was den elementaren Bereich angeht, was den schulischen Bereich angeht, was die Hochschulen angeht. Und deswegen können wir da etwas auf den Weg bringen. Und da ist natürlich auch das Stichwort zu wissen, die Schulleitungen nehmen eine andere Rolle wahr, sieh haben andere Aufgaben und demzufolge ist der Punkt Leitungszeit ja auch formuliert und dass er auch berücksichtigt werden wird, in diesem wie auch immer gearteten... es ist ein Modul von den Punkten für die wir diese Mittel auch ausgeben wollen

und veranschlagen wollen. Wir wissen noch nicht genau, wann was und da müssen wir uns auch natürlich gewisse Gestaltungsdinge noch offen halten.

Frau Rössler:

Wir gehen da ja nicht so ran, dass wir sagen, das Maximale muss jetzt hier herausgeschlagen werden, das wissen Sie von uns schon. Es war trotzdem ganz wichtig, eine Sache vorab zu entscheiden, bevor es für alle Schulformen neu durchgerechnet oder mit einem neuen Ansatz entsprechend dieses dritten Aufgabenbereichs, Schule soll eine sich entwickelnde Organisation sein, die sich nicht von selbst entwickelt, da muss es Motoren geben, usw. Da gibt es eine Rolle der Schulleitung, die ist da drin qualitativ verankert und daraus muss der Anspruch formuliert werden, aus nichts anderem, nicht aus Standesinteressen oder so etwas, das auch seine Berechtigung hat, steht auf einem ganz anderen Blatt. Und da ist sehr wichtig gewesen, dass sie diese drei Stunden erst mal und das war ja diskussionsfrei, da ist schon richtig aufgenommen worden.

Herr Willert:

..... wir haben jetzt Rückmeldungen, die haben es nicht verstanden, Grundschulleitungen

Frau Löhrmann:

Die haben es ja noch nicht.

Herr Willert:

Frau Löhrmann:

Den 2011er Haushalt kennt ja noch keiner. Ich weiß nicht, wann er erscheint. Aber die sind drin ab 2011.

.....